Haldensleben, den 27.11.2015

Niederschrift
über die 13. (außerplanmäßige) Tagung des Stadtrates der Stadt Haldensleben am 26.11.2015, 18:00 Uhr

Ort:	im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Sitzungssaal	
Anwesend:	Frau Regina Blenkle	Bürgermeisterin
	Stadtrat Guido Henke	Stadtratsvorsitzender
	Stadtrat Ralf Bertram	
	Stadtrat Klaus Czernitzki	
	Stadtrat Josef Franz	
	Stadtrat Martin Feuckert	
	Stadtrat Dirk Hebecker	
	Stadtrat Bernhard Hieber	
	Stadtrat Alfred Karl	
	Stadtrat Boris Kondratjuk	
	Stadträtin Annette Koch	
	Stadtrat Dr. Peter Koch	
	Stadträtin Dr. Angelika Kliemke	
	Stadtrat Ralf W. Neuzerling	
	Stadtrat Hartmut Neumann	
	Stadtrat Rüdiger Ostheer	
	Stadtrat Eberhard Resch	
	Stadträtin Anja Reinke	
	Stadtrat Mario Schumacher	
	Stadträtin Marlis Schünemann	
	Stadträtin Roswitha Schulz	
	Stadtrat Reinhard Schreiber	
	Stadtrat Thomas Seelmann	
	Stadtrat Bodo Zeymer	
Entschuldigt:	Stadtrat Steffen Kapischka	stellv. Stadtratsvorsitzender
	Stadtrat Thomas Feustel	
	Stadtrat Günter Dannenberg	
	Stadtrat Hermann-Gerhard Ortlepp	
	Stadtrat Dr. Michael Reiser	

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 01.10.2015
4. Antrag der Fraktion DIE LINKE - Beschlussantrag zur Weiterführung der Planungsarbeiten zum Neubau der Ortsumfahrung B 245n einschließlich Eisenbahnkreuzungsvereinbarung sowie der Ortsumfahrung B 71n
5. Antrag der Fraktion DIE LINKE - Berichterstattung der Bürgermeisterin zu Personalangelegenheiten und zu Veränderungen in der Organisationsstruktur der Stadtverwaltung und nachgeordneter Einrichtungen
6. sonstige Mitteilungen der Verwaltung
7. Anfragen und Anregungen
8. Einwohnerfragestunde

II. Nichtöffentlicher Teil

9. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung am 01.10.2015
10. Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE und der SPD – Beschlussantrag zur Unwirksamkeit der außerordentlichen Kündigung des Dezernenten Henning Konrad Otto
11. Personalangelegenheit - Außerordentliche Kündigung, hilfsweise ordentliche Kündigung von Herrn Henning Konrad Otto - Vorlage: 114-(VI.)/2015
12. Personalangelegenheit - Ordentliche Kündigung von Herrn Henning Konrad Otto Vorlage: 115-(VI.)/2015
13. Antrag der Fraktion CDU – Beschlussantrag zur sofortige Aufgabe einer nicht genehmigten Nebenbeschäftigung der Bürgermeisterin
14. Antrag der Fraktion DIE LINKE - Umsetzung des im Hauptausschuss am 25. Juni 2015 gefassten Beschlusses zur Personalangelegenheit: Einstellung einer Sachgebietsleiterin für Verwaltungs- und Hausservice; Beschlussvorlage HA 041-H (VI.)/2015
15. Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE und SPD – Beschlussvorlage zu einer Disziplinarangelegenheit
16. Anfragen und Anregungen

III. Öffentlicher Teil

17. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Stadtrates der Stadt Haldensleben
18. Schließen der Sitzung durch den Stadtratsvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Haldensleben wird durch den Stadtratsvorsitzenden Guido Henke eröffnet. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Stadträte sind mit Datum vom 10.11.2015 unter Angabe der Tagesordnung zur heutigen Sitzung eingeladen worden. Von 28 Stadträten sind zu diesem Zeitpunkt 23 Stadträte anwesend. Die Stadträte Hermann Ortlepp, Steffen Kapischka, Thomas Feustel, Dr. Michael Reiser und Günter Dannenberg hatten sich entschuldigt.

zu TOP 2 **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die vorliegende Tagesordnung wird *einstimmig* angenommen; gilt somit als festgestellt.

zu TOP 3 **Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 01.10.2015**

Dem Stadtratsvorsitzenden Guido Henke liegen schriftlich zum öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 01.10.2015 keine Einwendungen vor, so dass er über den öffentlichen Teil abstimmen lässt.

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die Tagung vom 01.10.2015 wird *mehrheitlich* angenommen.

Da der stellvertretende Stadtratsvorsitzende Steffen Kapischka heute nicht anwesend ist, müsste das älteste Stadtratsmitglied als Stellvertreter fungieren, so Stadtratsvorsitzender Guido Henke. Herr Josef Franz (älteste Stadtratsmitglied) hatte ihn vorab gebeten, ihn nicht als Stellvertreter vorzusehen. Das nächst älteste Stadtratsmitglied ist Herr Eberhard Resch; dieser habe sich bereit erklärt, den stellvertretenden Vorsitz zu übernehmen. Seitens der Stadträte gibt es zu dieser Verfahrensweise keine gegenteiligen Auffassungen, so dass er Herrn Resch bittet, im Präsidium Platz zu nehmen.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke übergibt die Sitzungsleitung an seinen eben ernannten Stellvertreter, Herrn Resch.

zu TOP 4 **Antrag der Fraktion DIE LINKE - Beschlussantrag zur Weiterführung der Planungsarbeiten zum Neubau der Ortsumfahrung B 245n einschließlich Eisenbahnkreuzungsvereinbarung sowie der Ortsumfahrung B 71 n**

Stadtrat wolle beschließen:
Die Bürgermeisterin wird beauftragt:

1. der Aufforderung aus der 34. Kalenderwoche der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt (LSBB), Regionalbereich Mitte, unverzüglich nachzukommen und die textlichen und zeichnerischen Änderungen im Planfeststellungsverfahren zu bestätigen,
2. die Anpassung der Eisenbahnkreuzungsvereinbarung zu unterzeichnen
3. sowie alle mit diesen Fortschreibungen im Zusammenhang stehenden Zuarbeiten unverzüglich gegenüber dem LSBB und der DB Netz AG vorzulegen.
4. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, über den Fortgang der Maßnahmen zur B245 und zur B71 in jeder Sitzung des Stadtrates und des Bauausschusses schriftlich unaufgefordert zu berichten.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke geht zunächst auf den Widerspruch, den die Bürgermeisterin schriftlich zu diesem Beschluss eingelegt hat, ein und zitiert dazu § 65, Abs. 3, Satz 3 und 4 KVG LSA. In ihrer Begründung habe die Bürgermeisterin weder dargelegt, dass sie diesen Beschluss für rechtswidrig hält, noch habe sie dargelegt, dass sie Nachteile für die Kommune sieht. Sie habe lediglich darauf hingewiesen, dass hier eine ver-

meintliche Vermischung beider Bauvorhaben erfolgt. Das sei jedoch nicht der Fall, denn in den Punkten 1 bis 3 gehe es ausschließlich um die B 245 n und der Punkt 4 beinhaltet eine regelmäßige Berichterstattung zum aktuellen Sachstand zu beiden Bauvorhaben B 245n und B 71n. Darin sehe er weder eine Rechtswidrigkeit noch Nachteile für die Kommune. Von daher bittet er als Einreicher um Zustimmung zur Zurückweisung des Widerspruchs der Bürgermeisterin.

Stadtrat Thomas Seelmann beantragt namentliche Abstimmung.

Daraufhin beantragt Stadtrat Bodo Zeymer, den Beschluss getrennt abzustimmen; einmal über die B 245n und einmal über die B 71 n, damit das nicht vermischt wird.

Zunächst ruft der stellv. Stadtratsvorsitzende Eberhard Resch den Antrag von Stadtrat Seelmann auf namentliche Abstimmung auf.
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Zur erfolgten Abstimmung möchte Bürgermeisterin Regina Blenkle intervenieren, dass der Antrag von Stadtrat Bodo Zeymer der weitergehende wäre und zuerst hätte abgestimmt werden müssen.

Den Hinweis greift stellv. Stadtratsvorsitzender Eberhard Resch auf; er wird zuerst über die getrennte Abstimmung und im Anschluss über die namentliche Abstimmung abstimmen lassen.

Stellv. Stadtratsvorsitzender Eberhard Resch bittet Stadtrat Guido Henke auf Anregung von Stadtrat Ralf W. Neuzerling die Beschlussfassung, über die es abzustimmen gilt, zu verlesen.

Aus Sicht von Stadtrat Guido Henke wäre es sinnvoll über die Punkte 1, 2 und 3 zusammen abzustimmen, da diese einen Sachzusammenhang haben und über den Punkt 4 separat abzustimmen; dieser beziehe sich lediglich auf die Berichterstattung der Bürgermeisterin zu beiden Bauvorhaben.

Da der Punkt 1 – die Unterzeichnung der Änderung im Planfeststellungsverfahren - bereits realisiert wurde, halte Bürgermeisterin Regina Blenkle eine Abstimmung darüber für entbehrlich.

Stadtrat Bodo Zeymer merkt an, dass aus der Einladung zu dieser Sitzung nicht hervorgeht, dass über die Widersprüche der Bürgermeisterin abgestimmt werden soll. Es wurden lediglich die Tagesordnungspunkte aufgeführt, wie in der Einladung zur Sitzung am 01.10.2015.

Bürgermeisterin Regina Blenkle meldet sich zur Geschäftsordnung. Sie erklärt, dass es für die Behandlung gleicher Verhandlungsgegenstände eine Sperrzeit von 6 Monaten gebe.

Da es sich um einen Geschäftsordnungsantrag der Bürgermeisterin handelt, müsse Stadtrat Guido Henke richtig stellen, dass aus § 65, Abs. 3 des KVG LSA hervor geht: „Verbleibt die Vertretung bei erneuter Befassung bei diesem Beschluss und ist dieser nach Auffassung des Hauptverwaltungsbeamten rechtswidrig, muss er erneut widersprechen ...“ D.h., wenn die Bürgermeisterin dem Beschluss des Stadtrates widersprochen hat, muss der Stadtrat diesen Beschluss erneut fassen.

Stellv. Stadtratsvorsitzender Eberhard Resch ruft zunächst den Antrag von Stadtrat Bodo Zeymer auf getrennte Abstimmung auf, d.h., die Punkte 1 bis 3 zusammen und den Punkt 4 separat:
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Stadträtin Anja Reinke möchte ihr Abstimmungsverhalten erklären: „Ich erkläre hiermit, dass ich mich enthalten werde, ganz einfach deshalb, weil die Informationen zu dem Antrag so nicht richtig sind und nicht korrekt vorliegen. D.h., ich kann nicht über etwas abstimmen, was ich nicht kenne und ich kann auch nicht sagen, die Bürgermeisterin soll etwas unterschreiben, was sie nicht kennt. Deshalb werde ich mich enthalten.“

Stadtrat Thomas Seelmann hält seinen Antrag auf namentliche Abstimmung unter TOP 4 aufrecht.

Sodann lässt stellv. Stadtratsvorsitzender Eberhard Resch über die namentliche Abstimmung abstimmen.
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Nunmehr lässt stellv. Stadtratsvorsitzender Eberhard Resch namentlich über den Beschluss mit den Punkten 1 bis 3 zusammen und den Punkt 4 separat abstimmen.

Beschluss:
Die Bürgermeisterin wird beauftragt:
1. der Aufforderung aus der 34. Kalenderwoche der Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt (LSBB), Regionalbereich Mitte, unverzüglich nachzukommen und die textlichen und zeichnerischen Änderungen im Planfeststellungsverfahren zu bestätigen,
2. die Anpassung der Eisenbahnkreuzungsvereinbarung zu unterzeichnen
3. sowie alle mit diesen Fortschreibungen im Zusammenhang stehenden Zuarbeiten unverzüglich gegenüber dem LSBB und der DB Netz AG vorzulegen.

Namentliche Abstimmung der Punkte 1 bis 3: 22 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen
Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 23 + Bürgermeisterin

4. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, über den Fortgang der Maßnahmen zur B245 und Zur B71 in jeder Sitzung des Stadtrates und des Bauausschusses schriftlich unaufgefordert zu berichten.

Namentliche Abstimmung über den Punkt 4: 22 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen
Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 23 + Bürgermeisterin

Damit ist der Beschluss insgesamt angenommen.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

zu TOP 5 Antrag der Fraktion DIE LINKE - Berichterstattung der Bürgermeisterin zu Personalangelegenheiten und zu Veränderungen in der Organisationsstruktur der Stadtverwaltung und nachgeordneter Einrichtungen

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE lautet wie folgt:
Der Stadtrat wolle beschließen:
Die Bürgermeisterin wird beauftragt, in jeder Sitzung des Stadtrates und des Hauptausschusses – unabhängig von eventuellen Befristungen und von den Eingruppierungsvorgaben zur Mitwirkung des Hauptausschusses und des Stadtrates – zu geplanten bzw. umgesetzten Personalangelegenheiten und zu Veränderungen in der Organisationsstruktur der Stadtverwaltung und nachgeordneter Einrichtungen schriftlich Bericht in nichtöffentlichen Teil zu erstatten.

Beschluss:
Die Bürgermeisterin wird beauftragt, in jeder Sitzung des Stadtrates und des Hauptausschusses – unabhängig von eventuellen Befristungen und von den Eingruppierungsvorgaben zur Mitwirkung des Hauptausschusses und des Stadtrates – zu geplanten bzw. umgesetzten Personalangelegenheiten und zu Veränderungen in der Organisationsstruktur der Stadtverwaltung und nachgeordneter Einrichtungen schriftlich Bericht im nichtöffentlichen Teil zu erstatten.
Abstimmungsergebnis: Der Beschluss ist mehrheitlich angenommen.
Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: + 23 Bürgermeisterin

zu TOP 6 sonstige Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Bürgermeisterin Regina Blenke bittet, Herrn Gebuhr, Leiter Polizeirevier Haldensleben, Rederecht zu erteilen.

Stadtrat Ralf W. Neuerzling meldet sich zur Geschäftsordnung und beantragt namentliche Abstimmung zum Rederecht von Herrn Gebuhr.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird seitens der Stadträte abgelehnt.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke lässt über das Rederecht von Herrn Gebuhr abstimmen.
Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr Gebuhr möchte vorab darauf hinweisen, dass sich die Polizei generell aus politischen Differenzen heraushält. Aber in dieser Angelegenheit sei die Polizei persönlich angesprochen worden und möchte somit zur Wahrheitsfindung beitragen. Er stellt den Sachverhalt aus seiner Sicht dar. Es gab seit Amtsantritt der Bürgermeisterin 2 Termine. Der erste Termin am 21.07.2015 sollte zum gegenseitigen Vorstellen beitragen. Hier hatte die Bürgermeisterin spontan entschieden, dass sie in das Polizeirevier kommt. Bei dem zweiten Termin und dann auch in der Folge ging es um das Sicherheitskonzept zum Altstadtfest. Diesbezüglich sah die Polizei Gesprächsbedarf, aber das sei nichts Ungewöhnliches. Jedoch wurde die Bürgermeisterin nicht in das Polizeirevier einbestellt; das stehe der Polizei nicht zu. Zum Sicherheitskonzept an sich, möchte er im öffentlichen Teil keine weiteren Ausführungen tätigen.

Um 18.58 Uhr verlässt Stadtrat Bodo Zeymer die Sitzung; noch 22 Stadträte + Bürgermeisterin anwesend.

6.2. Bürgermeisterin Regina Blenkle informiert über das Grundstück Magdeburger Straße 46 („Mut zur Lücke“). Im Rahmen der Modernisierungsuntersuchung wurde festgestellt, dass es sich um die alte Mühle der Stadt Haldensleben über dem Mühlengraben handelt. Das Projekt wird zu 100 % gefördert; es werden finanzielle Mittel in Höhe von 500.000 € bereitgestellt. Der Bauausschuss wird sich mit der Thematik im neuen Jahr befassen.

Um 19.09 Uhr verlässt Stadtrat Reinhard Schreiber die Sitzung; noch 21 Stadträte + Bürgermeisterin anwesend.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE lautet wie folgt:
Der Stadtrat wolle beschließen:
Die Bürgermeisterin wird beauftragt, in jeder Sitzung des Stadtrates und des Hauptausschusses – unabhängig von eventuellen Befristungen und von den Eingruppierungsvorgaben zur Mitwirkung des Hauptausschusses und des Stadtrates – zu geplanten bzw. umgesetzten Personalangelegenheiten und zu Veränderungen in der Organisationsstruktur der Stadtverwaltung und nachgeordneter Einrichtungen schriftlich Bericht in nichtöffentlichen Teil zu erstatten.

Beschluss:
Die Bürgermeisterin wird beauftragt, in jeder Sitzung des Stadtrates und des Hauptausschusses – unabhängig von eventuellen Befristungen und von den Eingruppierungsvorgaben zur Mitwirkung des Hauptausschusses und des Stadtrates – zu geplanten bzw. umgesetzten Personalangelegenheiten und zu Veränderungen in der Organisationsstruktur der Stadtverwaltung und nachgeordneter Einrichtungen schriftlich Bericht im nichtöffentlichen Teil zu erstatten.
Abstimmungsergebnis: Der Beschluss ist mehrheitlich angenommen.
Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: + 23 Bürgermeisterin

zu TOP 7 Anfragen und Anregungen

7.1. Stadträtin Marlis Schünemann fragt die Bürgermeisterin, ob es der Tatsache entspreche, dass der Kontakt von Stadträten zu den Mitarbeitern der Stadtverwaltung nicht erwünscht ist.

Sollten Stadträte Anfragen haben, bittet die Bürgermeisterin sich an sie persönlich zu wenden; sie werde den Stadträten jederzeit zur Verfügung stehen.

7.2. Weiterhin erkundigt sich Stadträtin Marlis Schünemann, ob es seitens der Bürgermeisterin auch künftig gewünscht wird, dass der Weltkindertag in Haldensleben gefeiert wird. Sie würde eine Behandlung im Fachausschuss zur ideellen Unterstützung begrüßen.

Seitens der Bürgermeisterin spreche nichts dagegen, die Feierlichkeiten zum Weltkindertag in Haldensleben stattfinden zu lassen.

7.3. Stadtrat Boris Kondratjuk vertrete die Auffassung, dass sich Stadtrat Eberhard Resch bei der Bürgermeisterin zu seinen Behauptungen öffentlich entschuldigen sollte.

Stadtrat Eberhard Resch stellt richtig, dass die Bürgermeisterin im Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschuss im Rahmen der Auswertung des Altstadtfestes erklärt hat, dass sie a) von der Polizei einbestellt wurde und b) gefragt worden ist, wie lange sie mit diesem Sicherheitskonzept noch Bürgermeisterin sein will; es wurde der Vergleich mit der Loveparade in Duisburg hergestellt. Hierauf gab es Nachfragen bei der Polizei, die die Aussagen so nicht bestätigt haben. Aufgrund dessen habe Herr Resch im Ausschuss mehrmals die Bürgermeisterin angesprochen und zur Antwort erhalten, sie werde keine Aussagen treffen können; es handelt sich um ein laufendes Verfahren. Herr Gebuhr habe heute deutlich gemacht, dass es der Polizei nicht zusteht, Bürgermeister einzubestellen; es jedoch unstrittig war, dass es Klärungsbedarf zum Sicherheitskonzept gab. Seiner Ansicht nach wäre es angebracht, dass sich die Bürgermeisterin beim zuständigen Fachausschuss und beim Stadtrat entschuldigt.

Die Vorwürfe von Stadtrat Eberhard Resch weist Bürgermeisterin Regina Blenkle vehement zurück. Zur Klarstellung dieser Anschuldigungen ist Herr Gebuhr heute anwesend.

7.4. Stadtrat Mario Schumacher hinterfragt, ob die Bürgermeisterin weiterhin beabsichtigt, zum Tunnelbau eine „Bürgerbefragung“ zu initiieren. Soweit er informiert ist, existiert auch eine Unterschriftenliste gegen den Tunnel.

Bürgermeisterin Regina Blenkle habe Kenntnis, dass es Unterschriftenlisten zu dem geplanten Bauvorhaben gibt. Diese haben jedoch keinen rechtsverbindlichen Charakter.

Die Anfrage von Stadtrat Mario Schumacher sollte darauf abzielen, dass die Bürgermeisterin noch einmal öffentlich bekundet, dass sie dem Bauvorhaben positiv gegenüber steht und ihrer Unterschriftsleistung zur Eisenbahnkreuzungsvereinbarung nichts im Wege stehen werde.

Bürgermeisterin Regina Blenkle sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

7.5. Am 03. Dezember 2015 wird die Grundschule „Erich Kästner“ nach umfangreichen Baumaßnahmen wieder eröffnet. Zur Eröffnung haben der ehemalige Bürgermeister und sein Stellvertreter keine Einladung erhalten. Stadtrat Klaus Czernitzki hinterfragt, ob es sich um ein Missverständnis handelt. Wenn ja, könnte die Bürgermeisterin heute die Gelegenheit nutzen, um die beiden Herren an dieser Stelle einzuladen; wenn nicht, frage er, warum keine Einladung versandt wurde.

Auch auf diese Frage werde Bürgermeisterin Regina Blenkle schriftlich antworten.

<u>zu TOP 8</u> Einwohnerfragestunde

Stadtratsvorsitzender Guido Henke möchte vorsorglich darauf hinweisen, dass die Einwohner zu den Tagesordnungspunkten, die heute Gegenstand der Beratung waren, keine Fragen stellen können.

8.1. Frau Sigrid Walkemeyer, wh. in Satuelle, kritisiert das Verhalten der Stadträte untereinander. Als Stadtratsvorsitzender solle Herr Henke dafür sorgen, dass die Stadträte einen respektvollen Umgang pflegen und sie die von den Bürgern gewählte Bürgermeisterin unterstützen. Dieses „Kaspertheater“ im Stadtrat muss ein Ende haben.

Unter den bestehenden Spannungsverhältnissen, in denen sich der Stadtrat befindet, sei es eine gewisse Herausforderung, die Sitzung zu leiten. Stadtratsvorsitzender Guido Henke nimmt die Kritik von Frau Walkemeyer an.

8.2. Herr Dragon, wh.: Kiefholzstraße 14, fragt, wann das „Gläserne Rathaus“ Wirklichkeit wird; wann werden die Sitzungen per Lifestream übertragen.

Neben dem Thema Breitband werde auch am „Gläsernen Rathaus“ in der Verwaltung intensiv gearbeitet. Bezüglich Lifestream werden die Voraussetzungen derzeit geprüft, so Bürgermeisterin Regina Blenkle.

8.3. Herr Eckhard Luthe, wh. in Wedringen, fragt, ob es bezüglich B 71n für die Wedringer noch Hoffnung gibt oder nicht.

Bürgermeisterin Regina Blenkle erklärt, dass man sich auf der Internetseite der Stadt immer über den aktuellen Sachstand informieren kann. Sie könne jedoch verkünden, dass für die B 71n alles im „grünen Bereich“ ist. Ähnlich wie bei der B 245 n werde die Verwaltung auch zur B 71 n eine Veranstaltung für die Bürger organisieren, zu der ebenfalls Fachleute eingeladen werden, denen dann konkrete Fragen gestellt werden können.

8.4. Frau Ingrid Dahlke; wh. Merseburger Straße 20, spricht die Bürgerversammlung zur geplanten Baumaßnahme B 245n einschließlich Tunnelbau in der Kulturfabrik an. U.a. wurde davon gesprochen, dass Gutachten zum Tunnel angefertigt wurden. Allerdings verwundere es sie, dass keiner hinterfragt hat, was diese Gutachten aussagen. Sie halte es für zwingend notwendig, dass vertraglich eine gewisse Gewährleistung auch für die Bürger abgesichert wird.

Stellv. Bauamtsleiter Waldmann bezieht sich auf das Bodengutachten aus dem Jahre 2000. Dass der Untergrund in Haldensleben sich für Baumaßnahmen nicht besonders eignet, sei allgemein bekannt, aber die heutigen Bautechniken lassen es zu, Bauwerke wie z. B. einen Tunnel zu errichten. Zum jetzigen Planungsstand ist nicht vorgesehen, Grundwasser abzusenken. Das werde dazu beitragen, dass Schäden an der umliegenden Bebauung relativ unwahrscheinlich sein werden. Die Befürchtungen sind grundsätzlich nachvollziehbar, jedoch relativ ungerechtfertigt, weil so schonend wie möglich in den Baugrund eingegriffen werden solle.

Um 19.35 Uhr geht Stadträtin Roswitha Schulz, somit noch 20 Stadträte + Bürgermeisterin anwesend.

Frau Dahlke stellt die Frage, ob es korrekt sei, dass die Stadt Haldensleben an die Bahn herangetreten ist, die Bahnübergänge zu schließen.

Dies bestätigt Bürgermeisterin Regina Blenkle. Es war die Voraussetzung, um die Ortsumgehung B245n voranzutreiben.

8.5. Herr Luthe spricht ebenfalls das geplante Tunnelbauwerk an. Seines Erachtens werde der Bau nicht ohne Komplikationen ablaufen. Wer tritt für die Schäden und deren Beseitigung ein?

Die Kosten werden in der Fortschreibung der Eisenbahnkreuzungsvereinbarung geregelt, so Bürgermeisterin Regina Blenkle. Für die Folge- bzw. Instandhaltungskosten werde sicherlich die Stadt Haldensleben aufkommen müssen.

8.6. Herr Michael Englerth, wh. in Wedringen, äußert, dass der Dammühlenweg in dem Abschnitt zwischen Kanalbrücke bis zur Tischlerei desolat ist. Dieser Abschnitt sollte saniert werden.

8.7. Herr Ziegler, wh. Althaldensleber Straße, erkundigt sich, wann die Gerikestraße als kommunale Straße herabgestuft wird. Er regt an, dass mögliche Baumaßnahmen, die vielleicht im Rahmen des Tunnelbaus erforderlich werden, im Zuge des Ausbaus der B 245 n mit erfolgen, damit die Anwohner nicht finanziell belastet werden.
Weiter würde er es begrüßen, wenn die Stadt Haldensleben bei Facebook eine Seite einrichtet, die es den Bürgern ermöglicht, sachlich diskutieren zu können.
Zudem möchte er kritisch anmerken, dass der derzeitige Umgang im Stadtrat über die Landesgrenzen hinaus bekannt sei.

In Gesprächen im Bundesverkehrsministerium und im Landesverwaltungsamt sei angedeutet worden, dass die Gerikestraße umgewidmet werde. An dem Tunnelbau selbst werden die Anwohner nicht beteiligt, aber wenn die Umwidmung erfolgt ist, d.h., die Gerikestraße Stadtstraße ist, werden die Anlieger bei evtl. Baumaßnahmen mit herangezogen, so Bürgermeisterin Regina Blenkle.

Zum Thema Facebook möchte sie sich nicht äußern.

8.8. Frau Karin Bode, wh. Glüsiger Weg fragt, wann die Ortsteile bzw. die Stadt Haldensleben über eine schnelle Breitbandverbindung verfügen.

Herr Bierstedt, Büroleiter der Bürgermeisterin, trägt vor, dass sich die Stadt Haldensleben intensiv mit der Thematik Breitband beschäftigt. Die Verwaltung habe sich für eine schnelle Lösung entschieden. Es gibt einen Zeithorizont von 36 Monaten. Vordergründig sind erst einmal die Gewerbe- und Industriegebiete betroffen.

Bürgermeisterin Regina Blenkle ergänzt, dass dafür finanzielle Mittel im Haushalt vorgesehen sind.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, so dass der Stadtratsvorsitzende die Einwohnerfragestunde und damit auch den öffentlichen Teil der Sitzung beendet.

II. Nicht öffentlicher Teil:

III. Öffentlicher Teil

zu TOP 17 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Stadtrates der Stadt Haldensleben

Stadtratsvorsitzender Guido Henke gibt bekannt, dass der Stadtrat in seiner heutigen Sitzung im nichtöffentlichen Teil folgende Beschlüsse gefasst hat:

1. Unwirksamkeit der außerordentlichen Kündigung des Dezernenten
2. Ablehnung im Einvernehmen mit der Bürgermeisterin, eine außerordentliche Kündigung, hilfsweise ordentliche Kündigung auszusprechen.
3. Ablehnung im Einvernehmen mit der Bürgermeisterin, die ordentliche Kündigung auszusprechen.
4. Sofortige Aufgabe einer nicht genehmigten Nebentätigkeit durch die Bürgermeisterin
5. Umsetzung des im Hauptausschuss am 25.06.15 gefassten Beschlusses zu einer Personalangelegenheit
6. Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Regina Blenkle merkt an, dass sie eben verkündet habe, dass sie gegen all diese Beschlüsse Widerspruch eingelegt hat. Damit sind die Beschlüsse nicht gefasst.

Daraufhin verweist Stadtratsvorsitzende Guido Henke auf § 65 KVG LSA. Darin heißt es, dass der Widerspruch binnen 2 Wochen schriftlich und begründet beim Vorsitzenden der Vertretung eingelegt werden muss.

zu TOP 18 Schließen der Sitzung durch den Stadtratsvorsitzenden

Um 21.12 Uhr schließt Stadtratsvorsitzender Guido Henke die Sitzung.

Guido Henke
Vorsitzender des Stadtrates

Protokollantin

Protokollführer